

berlin aktuell



Dokumentation

11.02.2009

Privatisierung des Krankenversicherungssystems

FDP will Gesundheitsfonds rückgängig machen

Die FDP hat eine umfassende Neuordnung der Krankenversicherung gefordert. In einem heute von der Fraktion vorgestellten Antrag „Für ein einfaches, transparentes und leistungsgerechtes Gesundheitswesen“ treten die Liberalen für eine Privatisierung des gesamten Krankenversicherungssystems ein. Den gesetzlichen Kassen will die Partei eine Umwandlung in private „Unternehmen mit sozialer Verantwortung“ ermöglichen. Jeder Bürger soll die Wahl haben, bei welchem Krankenversicherer er seinen Versicherungsschutz abschließen möchte. Der Bundestag wird am Donnerstag, 12. Februar, über den Antrag der FDP beraten.

[FDP-Antrag](#)

In ihrem Antrag kritisieren die Liberalen, dass „der Gesundheitsfonds eine Interventionsspirale in Gang setzt, die zu einer vollständigen Zentralisierung führt“. Zum Ausdruck käme das in der Vereinheitlichung der Arzthonorare. „Das deutsche Krankenversicherungssystem ist durch die letzten Reformen deutlich in Richtung eines zentralistischen, staatsgesteuerten Einheitskassensystems verschoben worden“, heißt es in dem Antrag weiter. Die FDP fordert, das Sozialgesetzbuch V auf den Prüfstand zu stellen und komplett neu zu fassen. Zunächst müsse der Gesundheitsfonds rückgängig gemacht und ein manipulationsunanfälliger, vereinfachter Risikostrukturausgleich entwickelt werden. Die Krankenversicherungen sollen die Beitragsautonomie zurück erhalten. Die Absicherung im Krankheitsfall soll über leistungsgerechte Prämien erfolgen, die Umverteilung über das Steuer- und Transfersystem. Für steigende Gesundheitsausgaben im Alter sollten so schnell wie möglich zugriffssichere Kapitalreserven gebildet werden, heißt es in dem Antrag weiter.

Die Stärkung der Freiberuflichkeit ist nach Auffassung der FDP eine elementare Voraussetzung für eine Gesundheitsversorgung, die an den Interessen der Patienten ausgerichtet ist und individuelle Therapiekonzepte ermöglicht. Therapiefreiheit bedeute auch Therapieverantwortung des Arztes, heißt es in dem Antrag. Es sei ureigenste Aufgabe der ärztlichen Standesorganisationen, dafür zu sorgen, dass in diesem Rahmen die Qualität gewährleistet ist. Darüber hinaus plädieren die Liberalen für die Einführung des Kostenerstattungsprinzips. Im ärztlichen und zahnärztlichen Bereich müsse eine nachvollziehbare Euro-Gebührenordnung als Grundlage für die Kostenerstattung die hochkomplexen Regelleistungsvolumina und die Budgets ersetzen.

Impressum

berlin aktuell

Pressestelle der deutschen Ärzteschaft

Alexander Dückers

Hans-Jörg Freese

Verena Heinz

Jana Kromer

Herbert-Lewin-Platz 1 · 10623 Berlin

Tel. (030) 40 04 56-358 · Fax -707

presse@baek.de · www.baek.de